

Diskriminierte Männer

Der Konflikt um den Austragungsort des ersten Antifeminismus-Treffens in Zürich verstellt den Blick auf die zugrunde liegenden Probleme vieler Männer. Vor allem geschiedene Väter fühlen sich in Sorgerechtsfragen diskriminiert.

GERHARD LOB

Nun ist klar: Das erste Antifeminismus-Treffen der Schweiz wird am Samstag im Raum Zürich stattfinden. Aber an einem unbekanntem Ort. Nachdem linke Aktivistinnen und Anti-Antifeministen Widerstand und Demos ankündigten und bereits Anschläge mit Farbbeuteln erfolgt sind, zog der Wirt des Event-Lokals Giardino Verde im zürcherischen Uitikon seine Zusage für die «Interessengemeinschaft Antifeminismus» (Igaf) zurück. Die rund 150 Teilnehmer sollen jetzt im letzten Moment über den neuen Veranstaltungsort informiert werden. Hinter dem Treffen steckt der umstrittene Luzerner SVP-Politiker René Kuhn (siehe Seite 2).

Hohe Unterhaltszahlungen

Die Rückzieher des Wirts und die Verlagerung der Veranstaltung an einen anonymen Ort haben zahlreiche Diskussionen ausgelöst. Für die Männerpartei der Schweiz ist klar: «Wir danken Euch Krawallisten! Ihr zeigt auf, dass wir Recht haben und das Ungleichgewicht dringend wieder hergestellt werden muss.» Selbst männer.ch, der Dachverband der Schweizer Väter- und Männerorganisationen, der die Veranstaltung ablehnte, zeigt sich entrüstet. «Es muss möglich sein, dass so eine Veranstaltung in der Schweiz stattfindet, auch wenn man ihre Inhalte nicht teilt», sagt Markus



Bild: epa/Oliver Hoslet

Nur jeder 20. geschiedene Vater erhält das Sorgerecht für die Kinder.

Theunert, Präsident des Dachverbands. Der Hickhack um die Veranstaltung birgt vor allem die Gefahr, dass sich zunehmend mehr Männer diskriminiert fühlen. Nach jahrzehntelangen Forderungen der Frauen für gleiche Mitsprache, gleichen Machtanteil in Politik und Wirtschaft oder gleiche Löhne erheben sich zunehmend Männer, denen die Gleichstellungsforderungen der Frauen zu weit gehen. Eines der grossen

Probleme zeigt sich bei geschiedenen oder getrennt lebenden Vätern. Hohe Unterhaltszahlungen und mangelndes Mitspracherecht bei der Erziehung der Kinder führen häufig zu Dauerfrust.

In 95 Prozent aller Fälle erhält die Mutter das Sorgerecht. Das gemeinsame Sorgerecht ist immer noch eine Ausnahme in der Schweiz, auch wenn dies bald geändert werden soll. Seine Kinder sieht der Vater häufig nur an

einem Nachmittag in der Woche sowie jedes zweite Wochenende. Nach einer Scheidung verbleiben Mutter und Kinder im Regelfall im bisherigen Heim, während sich der Vater ein neues Zuhause suchen muss.

Am Existenzminimum

Für die Väter bedeutet dies konkret, dass sie Alimente bezahlen müssen, nicht nur für die Kinder, die sie praktisch nie sehen, sondern auch für die Ex-Frau, und das auf Jahre. «Die Väter verlieren Haus und Kinder, umgekehrt kommen extreme finanzielle Verpflichtungen auf sie zu – es ist ein Desaster», meint der Fotograf Adriano Heitmann aus Stabio, der zu den Gründungsmitgliedern der Männerbewegung «Papageno» gehört und die Entwicklung zu einer «vaterlosen Gesellschaft» ohne männliche Bezugspersonen anprangert. Gerade für heranwachsende Buben sei dies ein grosses Problem.

«Geschiedene Väter sind effektiv häufig am Existenzminimum, vor allem solche aus der Mittelschicht», räumt eine Scheidungsanwältin auf Anfrage ein. Denn die Gutverdiener müssten zwar wesentlich mehr bezahlen, könnten aber auch mehr verkraften. Ihren Namen will die Anwältin nicht in der Zeitung lesen, denn beruflich muss sie für ihre – vorwiegend – weiblichen Kunden in Trennungs- und Scheidungsfällen

das Maximum herausholen. Man müsse aber berücksichtigen, fügt sie an, dass häufig Mütter auf Erwerbstätigkeit verzichteten und sich der Kindererziehung widmeten. Die Gerichte würden diesem Umstand natürlich Rechnung tragen, genauso wie der weit verbreiteten Lohnungleichheit zuungunsten der Frauen.

Gemeinsam statt gegeneinander

Die Anliegen der Männerverbände konzentrieren sich keineswegs allein auf die Frage des Unterhalts und der Alimente. Manche Verbände wie die Männerpartei fordern auch die Wehrpflicht für Frauen oder ein einheitliches Rentenalter mit 65 Jahren. Kritisiert wird, dass viele Gleichstellungsbüros vor allem die Belange von Frauen berücksichtigten.

Die Sensibilitäten in den Männerbewegungen sind verschieden. In antifeministischen Strömungen finden sich die radikalsten Kräfte. «Für uns ist der Antifeminismus der falsche Weg», sagt Markus Theunert. Es müsse stets einen Geschlechterdialog geben im Hinblick auf eine echte Gleichstellung von Mann und Frau. Die Frage dürfte heute nicht lauten: Geht es den Männern oder den Frauen «schlechter»? Die entscheidende Frage muss laut Theunert heissen: «Wie können Männer und Frauen gemeinsam das Projekt «Chancengleichheit» zum Wohl aller gestalten?»

Kritik am Steuerdeal

FRANKFURT. Am Steuerabkommen mit der Schweiz wird in Deutschland Kritik laut. Der Grünen-Finanzpolitiker Gerhard Schick warf dem deutschen Finanzministerium eine «schlechte Verhandlungsführung» vor. Die Bundesregierung habe versäumt, die Anonymität durch das Schweizer Bankgeheimnis «endlich aufzuheben», sagte Schick der «Frankfurter Rundschau». Die Vereinbarungen zielten auf eine «grosszügige Amnestie für Steuer-sünder, deren Identität für die deutschen Behörden weiter im Verborgenen blieben». In der Schweiz wurde das am Mittwoch besiegelte Ende des jahrelangen Steuerstreits als grosser Erfolg gewertet. (sda)

Konkurrenz für Markwalder

BERN. Die ehemalige Skifahrerin Corinne Schmidhauser will für die FDP des Kantons Bern in den Ständerat. Die 46jährige Grossrätin (vier Siege an Weltcuprennen 1986 und 1987) gab ihre Kandidatur nach Ablauf der partei-internen Meldefrist bekannt. Damit hat FDP-Nationalrätin Christa Markwalder überraschend Konkurrenz bekommen. Die 35jährige galt bisher als einzige Anwärterin der bernischen FDP für den frei gewordenen Sitz von Simonetta Sommaruga (SP). Auch Ursula Wyss (SP) und SVP-Nationalrat Adrian Amstutz werden zur Wahl antreten. (sda)

Umstrittene Veredelung von Atomstrom im Puschlav

1,5 Milliarden Franken will ein Energiekonzern in den Bau eines Pumpspeicherkraftwerks am Bernina investieren, um billigen Atomstrom in wertvolle Spitzenenergie zu verwandeln.

MARKUS ROHNER

POSCHIAVO. Es ist ein Projekt von grossem Ausmass, welches das Puschlav in den nächsten Jahren wohl nachhaltig verändern wird. 1,5 Milliarden will der Energiekonzern Repower in ein neues Wasserkraftwerk investieren. Das Projekt sieht vor, das grosse Gefälle zwischen dem Berninapass (2230 m ü.M.) und dem Lago di Poschiavo (960 m ü.M.) noch stärker als bisher für die Erzeugung von Strom zu gewinnen. Das Zauberwort heisst Pumpspeicherkraftwerk.

Wasser fliesst aufwärts

Solche sind zurzeit hoch im Kurs: Nicht nur im Bündner Südtal, auch in anderen Bergregionen sind Pumpspeicherwerke im Bau oder geplant. Das Projekt am Bernina sieht vor, die Staumauer des bereits bestehenden Lago Bianco auf der Passhöhe um 4,35 Meter zu erhöhen. Das Wasser des Stausees wird dann in einem 17,5 km langen Stollen zum Lago di Poschiavo geführt, wo in einer Zentrale Turbinen mit einer Leistung von 1000 Megawatt installiert werden. In Energiespitzenzeiten, wenn die Hausfrauen am Herd stehen, in den Büros die Computer surren und Heizungen oder Klimaanlage heisslaufen, werden die Turbinen teuren Spitzenstrom für das energiehungrige Unterland und das nahe Italien produzieren. In der Nacht, wenn der Stromkonsum stark zurückgeht,

wird das Wasser aus dem Lago di Poschiavo mit billigem Strom wieder hinauf zum Speichersee gepumpt, damit es in der nächsten hohen Stromnachfrage ins Tal fließen kann.

Ärger bei Biobauern

Dem Vorhaben, über das die Gemeinde Poschiavo am Sonntag abstimmt, ist bei den Umweltschützern erstaunlich wenig Widerstand erwachsen. Sie haben sich mit Repower arrangiert. Gallus Cadonau, Geschäftsführer der Greina-Stiftung, bezeichnet das neue Projekt als um «ein Vielfaches umweltverträglicher» als das ursprüngliche, das noch eine um 17 Meter erhöhte Staumauer vorsah. Auch der WWF Graubünden steht hinter dem Projekt. Auch wenn das Kraftwerk zu starken Landschaftseingriffen führe, so bringe es wenigstens eine Aufwertung der Gewässer.

Aber gerade dies hat im Tal Widerstand ausgelöst. Angeführt von wütenden Biobauern, wehren sich vor allem Landwirte gegen das Projekt, weil der Talfluss Poschiavino renaturiert werden soll und hierfür wertvolles Landschaftsland geopfert wird. «Und das in einem Tal, wo landwirtschaftlicher Boden ohnehin knapp ist», ärgert sich Biobauer Reto Raselli. Mit diesem Pumpspeicherkraftwerk würden im Tal die Biolandwirtschaft und der Ökotourismus wieder zerstört.

Gutes Geschäft

Trotz dieses Widerstandes wäre es eine Überraschung, wenn die Puschlaver am Sonntag Nein zu dieser Vorlage sagen würden. 8 Millionen Franken werden in den nächsten 80 Jahren jedes Jahr in die Gemeindekasse fließen. Dazu kommt eine einmalige Konzessionsgebühr von 5,1 Millionen.

Anzeige

TIEFE – GLANZ

BUCHERER VERBINDET



BUCHERER
1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

BASEL BERN DAVOS GENEVE INTERLAKEN LAUSANNE LOCARNO LUGANO LUZERN ST.GALLEN ST.MORITZ ZERMATT ZÜRICH | BERLIN DÜSSELDORF FRANKFURT HAMBURG MÜNCHEN NÜRNBERG | WIEN | BUCHERER.COM